

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Telefon: Dönhof 192-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Berlin und Wartgenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dormüts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Telefon: Dönhof 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Macdonalds Friedenspolitik.

Ueber die von uns bereits kurz gemeldete Rede Macdonalds über die Weigerung der Regierung, den Kriegshafen von Singapur weiter auszubauen, berichtet ein Londoner Telegramm von B.T.B.:

Macdonald sagte, aus marinetchnischen Erwägungen würde Singapur bei dem Bau einer großen Werft in erster Linie in Frage kommen. Die Regierung habe das ganze Problem geprüft, habe die Angelegenheit von einem großzügigeren Standpunkt aus betrachtet und

beschlossen, den Plan nicht fortzusetzen.

Sie sei überzeugt gewesen, daß die Ausführung des Planes einen sehr nachteiligen Einfluß auf die allgemeine auswärtige Politik Großbritanniens ausgeübt hätte. Die Regierung sei für eine Politik internationaler Zusammenarbeit durch einen stärkeren und erweiterten Völkerbund, für die Regelung von Streitigkeiten durch Versöhnung und Schiedspruch und für die Herbeiführung von Bedingungen, die eine allgemeine Ueberwindung zur Beschränkung der Rüstungen möglich machten. Wie er in seinem Brief an Poincaré dargelegt habe, müsse es zwischen die Aufgabe der Regierungen sein, das

Vertrauen zu stärken,

und diese Aufgabe könne allein dadurch erfüllt werden, daß man das Vertrauen und die Befürchtungen, die auf internationalen Gebiet beständen, vermindere. Der Ausbau eines Flottenstützpunktes in Singapur würde die Schaffung dieses Vertrauens verhindern und die guten Absichten Großbritanniens verschleiern.

Macdonald fügte hinzu, Australien und Neuseeland wünschten und drängten bei der Regierung darauf, daß mit dem Ausbau von Singapur fortgefahren würde. Die australische Regierung zum Beispiel vertrete, obwohl sie herabsetzende Sympathie mit der internationalen Politik der britischen Regierung und ihren Zielen: Versöhnung und Rüstungseinschränkung bezog, die Ansicht, daß das Aufgeben des Singapur-Planes diese Politik nicht unterstützen sondern schwächen würde, da eine Verminderung der Beweglichkeit der Flotte den britischen Einfluß vermindern würde. Neuseeland sei ebenfalls der Meinung, daß die Interessen des Britischen Reiches gefährdet werden würden, wenn die britischen Großkampfschiffe nicht imstande sein würden, in jenen Gewässern zu operieren, und daß die

Ziel noch nicht gekommen

sei, wo man sich allein auf den Einfluß des Völkerbundes im Interesse des Friedens verlassen könne. Sowohl Australien als auch Neuseeland hätten weiter zu erkennen gegeben, daß sie bereit seien, für die Entwicklung des fraglichen Marinestützpunktes Beiträge zu leisten. Demgegenüber habe General Smuts, der südafrikanische Premierminister, die Politik der britischen Regierung einen

mutigen Schritt

in der Richtung auf einen dauernden Frieden genannt und erklärt, er sei der Ansicht, daß das Ansehen der britischen Regierung als Vorkämpferin für die große Sache des Weltfriedens und der Versöhnung unter den Nationen durch den Bau eines Stützpunktes in Singapur ernstlich untergraben werden würde. Die Regierungen von Canada, Indien und Südrand hätten davon Abstand genommen, ein Urteil auszusprechen. Pläne für die Verwirklichung müßten sich nicht mit dem beschäftigen, was in 21 Jahren geschehen könnte, sondern mit den Forderungen des Augenblicks und mit den wirklichen Bedürfnissen der Welt. Im übrigen bestreite er, daß der Bau von 5 Kreuzern einen solchen Einbruch im Ausland erwecken würde. Die Regierung werde sich bemühen zu verhindern, daß eine Lage entstehe, wie im Jahre 1906; denn wenn entsprechende Zustände wiederkehrten, würde der Stützpunkt von Singapur gebaut und gebraucht werden.

Englisch-ägyptische Annäherung.

Ein Erfolg der Arbeiterregierung.

London, 19. März. (WID) Reuter meldet: Jagul Pascha hat in einer Botschaft Macdonald für dessen herzliche Glückwünsche anlässlich der Eröffnung des ägyptischen Parlamentes seinen Dank ausgesprochen. Er erklärt, Macdonalds Botschaft sei in Ägypten mit Begeisterung aufgenommen worden. Macdonalds Erklärungen über den Beginn von Verhandlungen hätten einen Wertschlag in der Thronrede gefunden. Beide Seiten hätten den Augenblick für günstig, eine Lösung zu suchen, die die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen auf einer beständigen und festen Grundlage herstellen würde.

Listenreiche Listenwahl.

Die Geheimnisse Mussolinischer Wahltechnik.

O. L. Rom, Mitte März 1924.

Der letzte Termin für die Einreichung der Kandidatenlisten zu den Parlamentswahlen vom 6. April ist inzwischen abgelaufen. Bis zum Anfang dieses Monats März konnten die die Listen einreichenden Parteien noch eine Verschmelzung ihrer Listen und die Annahme eines gemeinsamen Wahlsymbols beschließen. Danach mußte dann das dafür eingeseigte Landesparlament in Rom die Listen geprüft haben, wobei unter anderem die Namen auszustreichen sind, die gleichzeitig in zwei Listen mit verschiedenem Wahlsymbol oder mehr als zweimal in den Listen gleichen Wahlsymbols vorkommen, die Zahl der Unterschriften der die Listen vorschlagenden Wähler nachgeprüft wird und Wahlsymbole, die einander zu ähnlich sind, den betreffenden Parteien zur Umgestaltung zurückgewiesen werden. Nachher werden die Listen von der Regierung gedruckt und die liebe Seele hat Ruh, wenigstens, was die 356 Mandate der Mehrheit betrifft.

Italien zerfällt in 15 große Wahlkreise, deren jedem auf je 75.000 Einwohner ein Mandat zugeteilt ist, so daß z. B. die Lombardei 70 Mandate hat und Sardinien 12. Zwei Drittel der Mandate kommen auf die Liste, die im ganzen Lande die absolut größte Stimmenzahl aufbringt, so daß z. B. die Faschisten in Sizilien gewählt sind, auch wenn ihre lokale Liste viel weniger Stimmen erzielt hätte als die Listen anderer Parteien. Die Partei, die die absolute Mehrheit erzielt, muß aber, um zwei Drittel der Mandate an sich zu bringen, wenigstens ein Viertel aller abgegebenen Stimmen im ganzen Lande haben. Neben der faschistischen Regierungsliste liegen nun den Wählern im ganzen die Listen von 20 Parteien oder Einzelkandidaten vor. Kein Mensch, der die Stimmung in Italien kennt, kann auch nur einen Augenblick der Meinung sein, daß bei freier Wahlentscheidung, ohne Gewalttat und Einschüchterung, diese 20 Parteien insgesamt nicht mehr als das Dreifache (75:25 Proz.) der faschistischen Stimmen aufbringen würden.

Außer den Faschisten haben nur die Einheitssozialisten und die Merikalen in allen Wahlkreisen Listen aufgestellt; diese Aufstellung von 15 Listen bedeutet für die beiden Oppositionsparteien schon eine sehr große Kraftprobe, denn die vorbereitenden Formalitäten, namentlich die notarielle Beglaubigung der 300 Unterschriften der die Kandidaten vorschlagenden Wähler ist beiden Parteien in mehreren Orten durch Mißhandlung des Notars, Behinderung mit dem Revolver, in der Provinz Siena gar durch Beschlagnahme der Liste und Kopierung ihrer Namen, zum Zwecke späterer Repressalien, erschwert und gelegentlich unmöglich gemacht worden. Den Maximalfaschisten ist es in einem Orte der Provinz Bari passiert, daß der als Bürgermeister fungierende außerordentliche Kommissar, ein Faschist, verabredete, sich zu einer bestimmten Stunde zur vorgeschriebenen Beglaubigung der Eigenschaft als Wähler der Unterschriften einzufinden; er hatte den letzten gesetzlichen Termin festgesetzt; als aber die maximalen Wähler erschienen, war der Herr Kommissar ... auf einige Tage verreckt!

Die Kandidatenlisten unterscheiden sich in solche, die für das ganze Land aufgestellt sind, und solche mit lokalem Charakter. Zu den ersten rechnen wir auch jene, die nicht in allen Wahlkreisen Listen einbringen konnten, hinter denen aber eine Partei steht. Die Zahl der für das ganze Land geltenden Listen beläuft sich auf 13, nämlich: die faschistische Mehrheitsliste (Viktorenbündel, in allen 15 Kreisen, faschistische Mitgliederliste (Viktorenbündel mit Adler, in 4 Kreisen), dissidente Faschisten (Adler und Stern, in 2 Kreisen), liberale Demokraten und Giolittianer, ohne Oppositionscharakter gegen die Regierung (Landesfahne und Schild des Hauses Savoia, in 9 Kreisen), konstitutionelle Oppositionspartei (Schild mit Kreuz und dem Worte Libertas, 15 Kreise), Bauerngruppe (Wehren und Weintrauben, 4 Kreise), Republikaner (Senfe mit Epheuranken, 12 Kreise), Maximalfaschisten (Buch, Sichel und Hammer, 13 Kreise), Einheitssozialisten (aufgehende Sonne mit dem Worte Freiheit, 15 Wahlkreise), Kommunisten und Sozialisten der Dritten Internationale (Sonne, Wehren, Sichel und Hammer in 14 Kreisen), Unabhängige (Uhr, in 4 Kreisen) und schließlich die sogenannten sozialen Demokraten, Oppositionspartei mit bürgerlich radikaler Färbung (Fackel mit den Buchstaben D. S., in 5 Kreisen). Die lokalen Listen haben weniger Interesse; sie tragen meist als Abzeichen das Wappen des betreffenden Hauptorts; da das Gesetz vorschreibt, daß jede Liste in mindestens zwei Kreisen eingebracht werden muß, haben die 7 Lokallisten noch pro forma einen zweiten Wahlkreis neben dem, dessen lokale Interessen sie vertreten. Eine 21. Liste ist die der Reapolitaner Faschisten, die dem ausgefahrenen Führer Badoani anhängen; sie wird nicht angenommen werden, da sie nur in einem Wahlkreis eingereicht wurde. Es bleibt also bei 20 Listen, von denen 8 der Opposition angehören, nämlich die der Einheitssozialisten, der Maximalfaschisten, der Kommunisten, der Republikaner, der Merikalen Volkspartei, der konstitutionellen Opposition und der sozialen Demokratie. Einen Oppositionscharakter gegen die Regierung ohne prinzipielle Ablehnung ihrer Methoden hat auch die dissidente Faschistenliste.

Mussolini und seine offiziellen Agenturen haben nun bereits feierlich erklärt, der Wahlkampf werde diesmal nur mit geistigen Waffen geführt werden, aber es würde eine Graduierung der Gegner stattfinden: als Haupt-

Tschecho-französische Geheimdokumente?

Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts“. Die Echtheit bestritten.

Im heutigen „Berliner Tageblatt“ wird eine Reihe von Dokumenten veröffentlicht, die in Ergänzung der bisherigen Verträge vor kurzem zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei abgeschlossen sein sollen. In einem von Poincaré und Beneš am 25. Dezember 1923 unterzeichneten Geheimprotokoll heißt es u. a.:

Die Unterzeichneten sind sich durch eingehende Beratungen über die beabsichtigte Abschrift eines solchen Vertrages einig geworden. Die Unterzeichneten versprechen sich, insofern der Rekonstruktion Mitteleuropas ihre Bestrebungen danach zu richten, einen Beitritt der Vereinigten Königreiche der S. H. S. (Südslawen) zu diesem Vertrage anzustreben, sowie in Verbindung mit Polen und Rumänien als politische und militärische Gesamtheit die Zustimmung zu sichern, um dadurch den Frieden zu erhalten und eine Konsolidierung Mitteleuropas herbeizuführen.

Hinsichtlich des militärischen Verhältnisses der beiden Staaten wird festgesetzt, daß auch weiterhin der Artikel V des Pariser geheimen Abkommens von 1918 gelte. Das Zusammenwirken der beiden Oberkommandos bleibt dadurch unberührt und soll sich nur auf militärische, keinesfalls politische Fragen erstrecken.

Bei einem Beitritte der Vereinigten Königreiche der S. H. S. zu dem Bündnisvertrage soll ein eigener Generalkonstab für die verbündeten Heere in Prag gebildet werden.

Artikel X Absatz 2 im geheimen Abkommen von Paris wird außer Kraft gesetzt, nachdem die bezüglichen Defensivverträge eine andere Regelung vorsehen.

Der Herr Außenminister Dr. Beneš der tschechoslowakischen Republik sichert schon heute eine geneigte Aufnahme und Unterstützung in der Durchführung der von der französischen Militärmission in Prag vorgelegten neuen Wehrvorlage vom 11. Dezember 1923 zu.

Der Herr Ministerpräsident Raymond Poincaré ist ermächtigt worden zu erklären, der tschechoslowakischen Republik für den Ausbau der Wehrmacht durch restlose Ausnutzung der tschechoslowakischen Kräfte für den Wehrzweck — wie im Wehrvorlage der französischen Militärmission in Prag vom 11. Dezember 1923 vorgeschlagen — einen nicht begrenzten französischen Kredit zuzugestehen. Ein Modus procedendi wird von den kompetenten Stellen festgesetzt werden.

A dato wird das Oberkommando der tschechoslowakischen Wehrmacht alljährlich im Frühjahr, erstmalig spätestens im August 1924, ein signiertes Programm mit dem Oberkommando in Paris austauschen, welches besonders Zahl und Stärke jener tschechoslowakischen Streitkräfte auf den Gesamtplan für die Mobilisierung enthält, welche für den Kriegsfall planmäßig aufgestellt wurden.

In einer Deklaration zum Bündnisvertrage vom 25. Januar d. J. heißt es:

1. Die Tschechoslowakei tritt bei einem Kriege mit Deutschland mit ihrer gesamten Kriegsmacht auf die Seite Frankreichs und umgekehrt verpflichtet sich Frankreich bei einem Waffengang der Tschechoslowakei mit Deutschland diesem den Krieg zu erklären.

2. Bei einem Kriege Polens mit Deutschland

treten beide Vertragsparteien an die Seite Polens.

3. Vor der Eröffnung von Feindseligkeiten zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn gibt Frankreich die Unterstützung der Tschechoslowakei mit Kriegsmaterial zu erkennen.

4. Beide Vertragsparteien verhalten sich bei einem Konflikt Polen-Rußland neutral.

5. Bei einem Wiederaufleben der Anschlussbewegung in der Bundesrepublik Oesterreich machen beide Vertragsparteien durch ihre Vertreter bei den Bundesbehörden in Wien auf die Folgen in Form einer Besetzung der Bundesrepublik durch verbündete Truppen aufmerksam.

6. Die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn verpflichtet Frankreich zur sofortigen Entziehung der Kredite, beide Vertragsparteien auf das Hinwirken einer Verschärfung der Kontrolle. Ueber den weiteren modus procedendi (Art des Vorgehens) einigen sich die Vertragsparteien.

7. Der Vorfall einer Restauration der Hohenzollern in Deutschland oder in einem seiner Länder erfordert sofort schärfsten Einspruch ultimativen Charakters beider Vertragsparteien in gleichen Rollen unter Anklündigung weiferer Sanktionen im Westen sowie Einstößen unter Bezugnahme auf den Versailler Vertrag. Retorische Widerschlichkeit Deutschlands ergibt einen casus belli (Kriegsfall).

8. Zu Rußland sind freundliche Beziehungen im Einvernehmen anzubahnen. Ein Ueberfall Rußlands auf Rumänien erfordert die Unterstützung Rumäniens mit Kriegsmaterial.

9. Die Unterstützung Rußlands durch Deutschland bei einem Kriege Rußland-Polen erfordert die gemeinsame Kriegserklärung der Vertragsparteien an Deutschland.

10. Unabhängig bleibt die Stellung beider Vertragsparteien in Italien. Die Bestrebungen Italiens zur Erlangung einer Mittelmeerherrschaft werden von beiden Vertragsparteien bekämpft.

Zu diesen Veröffentlichungen des „Berliner Tageblatts“ wird von der hiesigen tschechoslowakischen Gesandtschaft erklärt, daß es sich lediglich um grobe und ungeschickte Fälschungen handle. Auch der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Dr. Beneš, will heute nachmittag im Auswärtigen Ausschuss des Prager Parlaments eine Erklärung abgeben, in der er sagen will, daß die angeblichen Dokumente das Werk eines plumpen Fälschers seien.

Verschärfter Oppositionskampf in Ungarn.

Reformen als Bedingung für die Sanierungsanleihe.

Budapest, 19. März. (Eigener Drohbericht.) Auf der Konferenz der vom Völkerbund zur Sanierung Ungarns entsandten Kommission mit den ungarischen Oppositionsparteien trat eine Verschärfung der innerpolitischen Situation Ungarns zutage. Die Sozialdemokraten verlangen unbedingt innerpolitische Reformen, namentlich hinsichtlich der Aufhebung der Konzentrationslager für mißliebige Politiker, der Emigrantenfrage und der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Ohne diese Reformen würden sie der Aufnahme einer ausländischen Anleihe ihre Zustimmung verweigern. Die liberale Opposition schließt sich der sozialdemokratischen Forderung auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts an. Die Regierung weigert sich jedoch, solche Konzessionen zu machen.

gegner, als Art Obersteufel, nennt Mussolini die Einheitssozialisten und die liberale Volkspartei, wahrlich, weil beide das Wort „Freiheit“ auf ihrem Wahlzettel tragen. Womit die anderen Umsturzparteien, die Maximilianisten, Kommunisten und Republikaner die Schande verdient haben, weniger gehäht zu sein, ist nicht klar zu verstehen; begreiflicherweise empfinden sie es als eine Zurücksetzung.

Die „geistigen Waffen“ arbeiten wacker. In Andria ist der Einheitssozialist Saccetti von Faschisten nach einem Wortgefecht im Wirtschaftsausschuss, auf dem Heimweg aus dem Hinterhalt überfallen worden und durch Revolvergeschüsse verwundet. Sein Zustand ist hoffnungslos. In Reggio Emilia wurde der Kandidat der Maximilianisten, ein langjähriger und hochverdienter Parteigenosse Piccinini, nachts aus seiner Wohnung geholt, von seiner Frau und zwei kleinen Kindern weg, mehrere Kilometer weit fortgeführt und dann durch zahlreiche Revolvergeschüsse ermordet. Noch gemeiner als der Mord selbst ist die Tatsache, daß die Mörderangaben, im Namen des Einheitssozialisten Carboni zu kommen. Auf die Art wollten die „geistigen Waffen“ der Faschisten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: einen Gegner körperlich, den anderen moralisch töten. Der zweite Teil des Planes schlug fehl, wenigstens schießt man das aus dem Umstand, daß die gesamte faschistische Presse keine Silbe über den Mord verlor, läßt, also nicht an die Möglichkeit glaubt, mehr bei ihm herauszuschlagen, als die eine Leiche. Sogar die Verherrlichung der Tat durch die offizielle Agentur ist ausgeblieben, denn man nimmt jetzt viel Rücksicht auf das Urteil des Auslandes, wo man immer noch nicht auf der Höhe ist, die „Schönheit der Geste“ zu verstehen. Dem armen Piccinini kam übrigens sein Ende nicht unerwartet; er hatte gleich gesagt, wenn Ihr mich zum Kandidaten nehmt, gebt Ihr mein Leben preis.

Charakteristisch für diesen „Wahlkampf“, in dem hoffentlich die Ermordung der Kandidaten eine vereinzelt Episode bleibt, ist die absolute Vermengung von Parteigewalt und Regierungsgewalt. In den Orten, wo es dissidente faschistische Listen gibt, sind die Regierungsorgane bestraft worden. In den Umkreis der Wahlaktion der Regierung fällt auch die vom Präfekten von Rom angeordnete Enquete über den Landesverband der italienischen Landarbeiter, welche Enquete das Vorbild zur Ernennung eines faschistischen Kommissärs und zur Einziehung des Verbandsvermögens ist. Bei dem großen Kultus italienischen Wesens, das den Faschismus auszeichnet, merkt er gar nicht, daß er damit Hand anlegt an eine Bildung, die das gesamte Ausland bewunderte und studierte. Italien hatte die stärkste und die gesittetste Landarbeiterbewegung Europas. Natürlich muß der Faschismus Salz in ihre Furchen zu streuen versuchen; ist ihm doch alles zuwider, was wirklich dem Volke eigentümlich ist. Nationale Wesenheit liegt nämlich nicht in den Titeln, nicht in den Uniformen, nicht in dem Zeremoniell, lauter Dinge, die, nebenbei gesagt, der Faschismus aus Spanien, Byzanz und dem Rom der Dekadenz zusammenhaufert hat; nationale Wesenheit zeigt sich in der freien Äußerung des Volkes. Das faschistische „nationale Ideal“ gleicht dem Preußen des Vorkriegs wie ein Haar dem andern; da aber das Nationalmaterial ganz verschieden ist, kommt der Nationalcharakter des Ideals, keine Landesfremdheit noch viel schärfer zutage.

Quiddes Verhaftung.

Die reaktionäre Presse schämt sich nicht, die Verhaftung eines Mannes wie Duldbe weiter mit hämischen Glossen zu begleiten. Die „Kreuzzeitung“ ist erboht darüber, daß Walter Schilling im „Berliner Tageblatt“ mit menschlich warmen Worten für den Führer der deutschen Friedensbewegung eingetreten ist und auf die katastrophalen politischen Folgen des Münchener Vorgehens hingewiesen hat. Sie hat die Frechheit zu behaupten, „daß der bei uns organisierte und

politisch tätige Pazifismus an sich schon Landesverrat ist“. Erfreulicherweise tritt auch die „Germania“ diesem Skandal energisch entgegen. Sie schreibt zu Quiddes Verhaftung:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob die Art, in der Professor Quiddes diese Angelegenheit behandelt hat, richtig war. Es gibt sicher bessere Wege, um die von Professor Quiddes besprochenen Unrechtsstände zu beseitigen. Aber es hat berechtigtes Aufsehen hervorgerufen, daß ein Mann von dem Ruf und einem auch von seinen Gegnern nicht angezweifelt ehrenhaften Charakter wegen angeblichen Landesverrats in München verhaftet wird, während fleißig verfolgte Leute, wie Ehrhardt, sich in derselben Stadt frei bewegen können.“

Sie zitiert Äußerungen Schillings aus seinem geistigen Artikel im „Berliner Tageblatt“, daß die Verhaftung Quiddes in München dem feindlichen Ausland nur Gelegenheit bieten wird, neue Forderungen nach Sicherheiten und verstärkter Militärkontrolle aufzustellen, und kommt zu dem Ergebnis:

„Es ist furchtbar, zu sagen, daß es keine Dummheit gibt, die bei uns nicht gemacht wird, und daß das deutsche Volk nicht nur durch die Bedrückung eines unerbittlichen Feindes, sondern durch seine eigene Blindheit immer mehr geschwächt wird. Was ist das durch „Hag“ Kraft.“

Dieses Urteil der „Germania“ wird man nur unterschreiben können. Es muß mit allen Mitteln die Freilassung Quiddes durchgesetzt werden. Wie man auch im einzelnen zu allen Forderungen der Pazifisten stehen mag, daß der Pazifismus durch die Verhaftung Quiddes als Gesinnung propagandistisch gebrandmarkt werden soll, steht außer jedem Zweifel. Diese echt nationalistische Methode ist ein Schaden für Deutschland, der nicht wieder gutzumachen ist.

Der Wahlschwindel der Völkischen.

Als Schlepenträger der Junker.

Aus Mecklenburg wird uns geschrieben:

In Mecklenburg-Schwerin sind anfänglich der Regierungsbildung die Völkischen zum erstenmal in die peinliche Lage versetzt worden, klar Stellung nehmen zu müssen. Was ist das Ergebnis? Sie haben sich als ganz kleine und hilflose Schlepenträger der Junker entpuppt! Man konnte das erwarten, wenn man sich vergegenwärtigte, daß der mecklenburgische Großgrundbesitz seit Jahr und Tag kein Opfer an Geld und Arbeit scheut, um eine „nationale Bewegung“ hervorzubringen. Der Angehörige der „Deutschen Tageszeitung“ und der vielen kleinen vom Landbund ausgeschalteten Zeitungen gibt ein Bild von dem lebhaften Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem „nationalen“ Arbeitsmarkt. Täglich werden nationale Nachwächser, Flurschuhbeamte, Hausdiener usw. gesucht, und „nationale Kräfte“ aller Art preisen sich an. Welche Blüten diese „nationale Bewegung“, welchen sittlichen und politischen Anarchismus sie hervorbringt, davon zeugt der Feme-Roch von Parchim. Ob der Junker ahnt, daß er damit eine ganz hemmungslose Revolution vorbereitet und vielleicht sein eigenes Grab gräbt?

Nach dem Wahlerfolg der Völkischen und nach den ungeheuerlichen Versprechungen und Ankündigungen, mit denen sie ihre Arbeiterstimmen einfingen, konnte man aber doch einige Zeit im Zweifel sein, ob die Völkischen sich nicht doch von der Junkerstricke befreien und eigene Wege gehen würden. Die Situation spitzte sich zu, als die völkischen Arbeiter versuchten, einen Druck auf die Partei auszuüben, in der neuen Auffassung, sie hätten nach Abgabe ihrer Stimme auch noch etwas mitzureden. Kläglich sind alle Hoffnungen zerschanden geworden! Die Völkischen mußten mit einigen Auslegungsfällen ihren Walle, ihren Diner opfern, sie mußten von ihrem mecklenburgischen Parteiblatz abtreten, sie mußten versprechen, der Landbundregierung den Haushalt zu bewilligen (den sie noch nicht einmal kennen!) und zuguterletzt mußten sie der Deutschen Volkspartei, dieser „verjudeten Kapitalistenpartei“, auch noch versprechen, daß sie die republikanische, parlamentarische Verfassung heilig halten, d. h. allfällige Änderungen nur auf dem Wege der Anträge im Landtag antreten wollten und an der „bürgerlichen

Wirtschaftsordnung“ nach Stinnes und Landbund nichts auszufahren hätten! Und diese Kastration haben die Völkischen tatsächlich an sich vorgenommen! Und nur — um dem Landbund und einem latenten, schen Vertreter der Volkspartei an die Futtertrappe zu helfen! Das ist also die „neue Bewegung“, der „Weg zur Freiheit“, die „Befreiung vom Kapital“! Armeliger und kläglicher hat noch niemals eine „Bewegung“ geendet, und gerissener ist die Arbeiterschaft noch niemals gesapft worden als mit diesem völkischen „KummeL“, der sich nun klar und deutlich als die Reklameabteilung der mecklenburgischen Junker entpuppt hat.

Schadenfreude.

Der Kampf in der Deutschen Volkspartei ist keineswegs zu Ende. Wenn die „Zeit“ es für notwendig hält, ihre Spalten mit Resolutionen großer und mitunter auch recht kleiner Organisationen bis herab zu kleinsten Ortsgruppen zu füllen, so zeigt das nur davon, daß in der Volkspartei eine lebhaftere Auseinandersetzung im Gange ist. Die Wahlverluste der letzten Zeit werden diese Diskussionen sicher noch verschärfen. Es ist für alle bürgerlichen Parteien typisch, daß sie ohne klare Linie hin und her schwanken, in ihrem Verhalten ganz außerordentlich durch Konjunkturgrößen bestimmt werden. Die Deutsche Volkspartei irrt sich über ihre eigenen Schwächen und damit, daß sie auf die gleichen Erscheinungen im deutschen Nationalen Bogen hinweist. Die parteiunabhängige „National-liberale Korrespondenz“ schreibt etwas Schadenfreudig:

„Die deutschnationale Presse bringt täglich freudestrahelnd Nachrichten über die sogenannte „Nationalliberale Vereinigung“ in der Deutschen Volkspartei“. Daß die deutschnationale Partei alle Ursache hätte, vor ihrem eigenen Lärm zu schreien, zeigen schon die Uebertritte deutschnationaler Geschäftsführer und Parteibeamter zu den Völkischen. So ist der bisherige Landesgeschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei in Ost-Professor Egenolff, zu dem neugegründeten deutschnationalen Wahlverband Pommeren übergetreten, der sich in direktem Gegensatz zur deutschnationalen Partei gebildet hat. Von deutschnationaler Seite wird hierzu zwar mitgeteilt, daß das überaus bedauerliche Vorgehen des Herrn Professors Egenolff an sich nicht gar keine Nachahmung gefunden habe, aber das stimmt nicht ganz. Nachfolger und Vorläufer sind vorhanden, nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland. Der Landesgeschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei in Baden, Herr von Schilling, ist ebenfalls aus der deutschnationalen Partei ausgestiegen und hat die Geschäftsführung der „Deutschen Partei“ — so nennen sich in Baden und Hessen die Völkischen — übernommen.“

Je näher der Wahltermin heranrückt, desto heftiger dürften diese Auseinandersetzungen werden. Im eigentlichen Wahlkampf wird man sich noch auf manches gefaßt machen können.

Das Geld der Schwerindustrie.

Für völkische und deutschnationale Propaganda.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Innerhalb der „nationalen“ Pressekonzerne werden die Vorbereitungen für den Wahlkampf eifrig betrieben, nachdem von den schwerindustriellen Wahlfonds die nötigen Gelder bereits eingetroffen sind. Dabei ist von Wert festzustellen, daß diese Gelder sowohl der deutschnationalen Freiheitspartei als der deutschnationalen Partei zugehen. In nächster Zeit ist mit einer Neugründung deutschnationaler Zeitungen zu rechnen. Die deutschnationalen wollen dahinter nicht zurückbleiben. Sie beschließen in aller Eile in Nordwestdeutschland mit großen Mitteln eine Tageszeitung zu gründen, die die Politik des rechten Flügels der deutschnationalen Volkspartei vertritt. Nach außen hin werden zwar die völkischen und deutschnationalen Blätter in Idealkonkurrenz gegeneinander aufgetrieben. Die Tatsache aber, daß sie aus denselben Fonds gespeist werden, zeigt aufs deutlichste die Absichten der finanziellen Hintermänner.

Aufdeckung einer sozialdemokratischen Geheimdruckerei. Am 18. Februar hat die Polizei in Lüttich eine Geheimdruckerei aufgedeckt, die der sozialdemokratischen Partei gehörte. Es ist die dritte Geheimdruckerei der georgischen Sozialdemokratie, die der polnischen Polizei in die Hände gefallen ist. Drei georgische Genossen, die in der Druckerei tätig waren, wurden verhaftet.

Umgestaltung der Lehrbücher.

Von Fritz Karsen.

Wenn wir die Schule als Autoritätsschule bezeichnen, denken wir nicht nur an die staatlich eingeführte und gestützte Autorität des Lehrers, sondern noch mehr an die unerschütterliche Autorität des Lehrbuchs, der auch der herrschsüchtigste Lehrer sich zu beugen hatte. Wenn die Erinnerung an die Schule für viele Menschen bis ins späte Alter etwas Peinliches, ja Qualvolles hat, so sind daran viel weniger einzelne Lehrer schuld als die Bücher, deren Inhalt von Klasse zu Klasse, sein säuberlich in Paragraphen eingeteilt gelernt werden mußte. Wer erinnert sich nicht der grausigen Geschichtszahlen, die von den Regierungen unseiner Potentaten und von verheerenden Kriegen als einzigen Reliquien übrig blieben, an die vielen Haupt-, Mittel- und Kleinstädte, die vielen unaussprechlichen Flüß- und Gebirgsnamen, die ungezählten Ländergrenzen, die im Erdkundebuch standen, an die Religionsgespräche und die Gedächtnisjahre für Jahr nach einem bestimmten Kanon gepaukt werden mußten, an die entsetzlichen Regeln vollends, welche die Grammatik der deutschen und der fremden Sprachen zierten und eigens dazu geschaffen schienen, den Geist zur Subordination unter ihre ewige Befehlsherrschaft zu zwingen!

Ob das wohl alles der Vergangenheit angehört? — Leider, nein. Noch sind der Mehrzahl der Lehrer die Lehrbücher, aus denen man Paragraph für Paragraph zum Lernen ausgeben kann, nachdem mehr oder weniger unnötige Bemerkungen zur „Erklärung“ gemacht worden sind, als bequeme Geldbrücken willkommen. Wir müssen sogar, daß die durch Erlaß abgeschafften monarchistischen Geschichtsbücher und die entsprechenden deutschen Geschichtsbücher an sehr, sehr vielen Schulen immer noch gedruckt werden. Und dabei liegt der Grund viel häufiger als in der monarchistischen Bestimmung der betreffenden Lehrer in ihrer pädagogischen Unzulänglichkeit. Da hört man dann die verzweifeltsten Fragen: Was soll ich denn den Jungen aufgeben, wie soll ich ohne Buch das Klassenpensum erreichen, wo soll ich her die Stoff herbringen? Es kann keinen schlagenderen Beweis für die geisttötende Herrschaft des Lehrbuchs geben als solche Aussprüche. Soll die Schule dem Geist freie Bahn schaffen, so heißt die eine Kardinalforderung: Weg mit dem Lehrbuch!

Bücher freilich braucht die Schule, aber nicht solche, deren Inhalt gepaukt werden kann, sondern solche, an denen die geistige Arbeit entzündet werden kann, die Anleitung zu selbständiger, kritischer Beobachtung und Material für diese liefern. In diesem Sinn begrüßen wir den neuen Erlaß der preussischen Unterrichtsverwaltung über die Umgestaltung der Lehrbücher, der diesen Gebanten einen zum Teil sehr glücklichen Ausdruck gibt. Von dem Teil, der die

Lehrbücher der fremden Sprachen behandelt, kann man nur anerkennen, daß sich — zumal auf so geringem Raum — kaum etwas Besseres über diese Frage sagen läßt.

Wir wollen wünschen, daß dem Erlaß entsprechend überall verfahren wird. Dann müßte der erste Schritt sein, daß die heute eingeführten Lehrbücher fast restlos in die Kumpelkammer wandern; sie sind durch Kollegiumsabschlüsse überall außer Gebrauch zu setzen. Zu zweit aber dürften nicht alsbald neue Lehrbücher eingeführt werden, die den Anforderungen des Ministers nur äußerlich genügen. Die Fabrikation von Lehrbüchern ist wieder einmal in Malenblüte. Die sie „machen“, sind fast alle befangen in alten Schulmeistererörterungen. Unter den vielen, die mir durch die Hand gehen und die sich auf die ministeriellen Richtlinien berufen, ist fast keins, dessen Verfasser begriffen hätte, was man von einem Arbeitsbuch verlangen muß. Leider glaube ich, daß weder die Abschaffung der alten Lehrbücher eintreten noch die Einführung der neuen vorerst unterbleiben wird. Für das erste spricht die Tatsache, daß der Erlaß in vielen Kollegien überhaupt nicht bekannt wurde, für das zweite die Festgefahrenheit und Mengschlichkeit zahlreicher Lehrer. Vielleicht ergäbe sich für die Elternbeiräte eine Möglichkeit frühzeitiger Mitarbeit an dem Wohl der Schule und ihrer Kinder, wenn sie überall darum ersuchten, daß die Frage der Lehrbücher mit ihnen eingehend besprochen würde. Ist dies doch nicht nur eine pädagogische, sondern — was für die Eltern besonders ins Gewicht fällt — auch eine wichtige wirtschaftliche Frage.

Zwischen zwei Glasscheiben.

Auf einer Bank im Tiergarten saßen zwei brave Bürger. Die Sonne strahlte für eine kurze Stunde so warm, daß man wirklich die Hoffnung haben konnte, die Herrschaft dieses Winters habe endlich ein Ende. Die Beiden auf der Bank genossen wohl die langentbehrte Sonnenwärme und lauschten auf die Vögel, die in den hohen, schwarzen Bäumen lustig schwatzten. Die Männer sprachen, wozu alle Welt seit Wochen spricht, daß der Weg durch diesen Winter lang ist bis zur Verzeihung und daß er sich immer wieder aufs neue in Eis und Schnee verliere.

„Die Vögel haben es in diesem Winter schlimm“, sagte der eine, „und viele von ihnen sind sicher ertrunken oder verhungert.“ „Gewiß, gewiß!“ beteuerte der zweite. „Die Tiere des Feldes überhaupt. Die Haken zum Beispiel sind so mager, daß man sie an ganzen Keil zum Mittag verputzen kann. Aber andererseits erleide man da doch wahre Wunderdinge. Denken Sie, vor ein paar Tagen sahe ich im Bureau vor dem Doppelfenster, da bemerkte ich zwischen den Scheiben zwei Johannistäfer. Draußen waren mehrere Grad Kälte. Ich öffnete das innere Fenster, berührte die Tierchen ganz vorichtig, und siehe, sie leben, sie leben wirklich und bewegen sich. Nun frage ich Sie, wie ist das nun möglich? Wozu haben die Tierchen solange gelebt? Wir taten die Tierchen leid und ich nahm ein Blättchen Papier, legte sie darauf und sagte sie auf den Heiz-

körper unter dem Fenster. Aber da hätten Sie mal sehen sollen, wie bunt sie von der Heizung heruntertrabbelten. Das war ihnen zuviel. Da hob ich sie sorgfältig auf und setzte sie wieder zwischen die Scheiben. Hier lagen sie ganz still, wie tot. Aber passen Sie auf, wenn der Sommer da ist, sind sie wieder lebendig, spreizen die Flügel, fliegen fort.“

„Ja, ja“, erwiderte der andere, „wir sind von Wundern umgeben. Wir wissen es nur häufig nicht!“

Gibt es nicht Menschen, die genau so wie die Johannistäfer durch den Winter vegetieren, daß man kaum und erschüttert davon steht? Auch sie leben gewissermaßen zwischen zwei Glasscheiben. Man sieht sie allenthalben, und ihr Glanz ist so durchsichtig, daß eine Täuschung unmöglich ist, wie es eben so unmöglich scheint, daß sie überhaupt noch leben. Und doch, der dünne Sonnenschein einer schwachen Hoffnung läßt sie weiterleben, und wenn der Sommer wieder mit vollen Farben leuchtet, freuen sie sich darüber, daß nun vieles besser geworden ist, daß die Sonne funkelt, daß die Vögel fliegen und die Blumen blühen.

„Ja, ja, der Mann auf der Bank hat ganz recht. Wir sind von Wundern umgeben. Wir wissen es nur häufig nicht.“ R. J.

Metropoltheater: „Carneval der Liebe.“ Im Zeitalter der allgemeinen Anleihen kann auch die neue Ausstattungsoperette des Metropol nicht von dieser Tendenz unbeeinträchtigt bleiben. Wir reden nicht von der Musik und den Witz und Einfällen des Textbuches. Hier ist dergleichen Tradition und darum beinahe Kultur (zumal wenn dabei der Witz neu freiert wird). Auch den Oberregisseur Emil Guttman, der keine Sache versteht, und einige der Hauptdarsteller hat man ausgelassen aus dem Mutterlande der Operette: Wien (vom Theater an der Wien). Walter Bromme, der Gespielerdirektor und Komponist, hält sich in den Traditionen des Hauses, die keineswegs neuerungsunfähig sind. Netze Musik, ein paar Nummern, die Schmitz haben (ein Liebesduett, ein Walzer, ein Schampuslied), viel fürs Auge: auch das bunte Tuch ist wider dabei, noch mehr Entfaltung im Ballett (die Geschwister Barrison erregen in der deutschen Präbistorie noch Aufsehen und Vergnügen, als sie so viel oder so wenig Unterwölche zeigen und belangen). Es ist wie einst. Aber das Ganze ist doch allmählich etwas altmodisch, auch für die Habitués, und die Witz und Lieberalungen des dritten Aktes, der sich im Hotel fast ohne Musik abspielt, sind nicht gerade aufregend neu. Trotzdem, man hätte zufrieden mit dieser sehr spanischen Geschichte, in der eine Künstlerin Politik macht, um sich an einem Prinzen zu rächen, und schließlich von seiner Liebe bezwungen wird, und eine Oberstentante mit ihrem Burschen, der natürlich keiner ist, auf Abenteuer geht. Perle Leuz als Juanita tanzt und sang mit sozialer Temperament, daß sie beinahe ein Opfer des Decapos wurde. Otto Storm macht als Prinz sehr gute Figur (auch gesangslich). Schwanitz ist Hella Kurling als Oberstentante, und der Oberst des Franz Glomatsch nur Humor und Genue. Als fischer, lustiger Bursch und Schwerenöter spricht und wirbelt Fritz Schulz. Fort vier Stunden dauerte die Gaudi.

Der Zeigner-Prozess.

Leipzig, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Sitzung am Mittwoch wird als erster Angeklagter Thierbach vernommen, der die Dr. Zeigner zur Last gelegte Ausweisungssache Schmölz zu beibringen sollte. Er wurde eines Tages von Dr. Zeigner, der damals Ministerpräsident war, gerufen und um Auskunft über die Sache Schmölz gebeten. Er ließ sich darauf die Akten kenne und erlaubte aus ihnen, daß Schmölz laut Entscheidung des Innenministeriums vom 17. April aus Sachsen ausgewiesen war. Er teilte das Dr. Zeigner mit und fügte hinzu, daß ein neues Gesetz, das sich auf neue Tatsachen stützen müßte, eine neue Entscheidung herbeiführen könnte. Das Gesetz von Schmölz ist dann von ihm zusammen mit den Akten an das Polizeipräsidium gefandt worden. Die Frage des Vorstehens, wie es zu erklären sei, daß nach dem eine Behörde sich gegen den Aufenthalt des Schmölz in Sachsen ausgesprochen habe, doch hinterher eine andere Entscheidung getroffen wurde, beantwortete der Zeigner darin, daß die ständigen Klagen in verschiedenen Staaten bezüglich der Ausweisungen zu einer Milderung der Ausweisungssprache geführt hätten. So wurde mit der Tschekoslowakei ein entsprechendes Abkommen getroffen. Die neue Entscheidung entsprach auch der neuen Praxis. Das Interesse Dr. Zeigners für die Sache habe er als dienstlich betrachtet. Dr. Zeigner aber selbst behauptete, daß es sich für ihn in diesem Falle um eine private Bestürzung handelte. Ränge Auseinandersetzungen knüpfen sich an die Frage, ob Dr. Zeigner als Ministerpräsident Grund haben konnte, sich für die Sache zu interessieren. Dr. Zeigner erklärte, daß der Fall als grundsätzlich betrachtet werden mußte und er laut Verfassung die Richtlinien den anderen Ministerien zu geben habe.

Sagte Weiner die Wahrheit?

Als nächster Zeuge wird Staatsanwalt Dehnbard über die Strafsache des Zeugen Weiner vernommen, der behauptet hat, Dr. Zeigner habe ihm den Vorfall gemacht, seine Akten verschwinden zu lassen. Durch die Aussage des Zeugen soll die Glaubwürdigkeit des Weiner festgestellt werden, der gesagt hatte, seine Akten seien im Kriegsbüro gerufen und er habe daselbst vom Staatsanwalt Schmidt über die Sache Auskunft erhalten. Der Zeuge hat das für ausgeschlossen, daß dies aus den Akten nicht hervorgeht. Auch dieser Aussage wird aus den Zeugen Schmidt von der Staatsanwaltschaft und vom Verteidiger verweigert.

Als weiterer Zeuge macht der Universitätspedell Martin seine Aussage, dem der Weiner sofort nach der Beratung mit Dr. Zeigner im Vorzimmer des Kommandeurs Mitteilung gemacht haben will. Der Zeuge erinnerte sich, daß Weiner ihm gelegentlich erzählt hat, daß er nicht ins Feld kommen könne, weil ein Strafverfahren gegen ihn schwebt. Ob von einem Anerbieten, das Dr. Zeigner ihm gemacht haben sollte, die Rede gewesen sei, kann er nicht sagen. Die Zurückhaltung des Zeugen Weiner und die wiederholten Aufforderungen des Vorstehens, sich auf den Vorfall zu besinnen, zeitigten keinen anderen Erfolg.

Zur Vernehmung kommt sodann der Oberlehrer Bergner, der über den Besuch der Frau Dr. Zeigner, Brandt in seiner Aussage zu beeinflussen, auslegen soll. Dr. Zeigner hat in seinem Hause in Leipzig gewohnt und das Verhältnis zwischen beiden Familien war ein freundschaftliches. Anfang Februar kam Frau Dr. Zeigner, die ganz weiß geworden war, zu ihm und erzählte ihm von der Sache ihres Mannes. Sie bat ihn, ob er nicht Brandt, der sich im gleichen Hause befand, besuchen wolle. Aus dieser Andeutung glaubte er entnehmen zu müssen, daß der Zweck dieses Besuches sein sollte, Brandt zu veranlassen, seine Aussagen zurückzunehmen. Er schaute aber jede Beeinflussung für sich ab. Als er aus Mitleid mit der Frau Zeigner Brandt aufsuchte, erzählte er ihm u. a., daß Frau Zeigner bei ihm gewesen sei und über die Zurücknahme der Bestätigungsaussage über ihren Mann gesprochen habe. Beeinflusst habe der Zeuge Brandt in keiner Weise. Frau Dr. Zeigner erklärte dann, daß Brandt sich geweigert habe, keine Aussagen in irgendeiner Weise zu ändern. Auf Drängen der Frau Zeigner versprach er dann, den Brandt nochmals aufzusuchen, sagte aber sofort seiner Frau, daß er das nicht tun werde. Hinterher teilte er auch der Frau Zeigner mit, daß er nicht hingehen werde. Zu derselben Frage wird dann das Vernehmungsprotokoll des Zeugen Brandt vorgelesen, das seine ablehnende Haltung gegenüber dem Antrage der Frau Zeigner bestätigt.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Aprilgehälter der Beamten.

Erhöhung um 13 Prozent.

Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittags wieder mit der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter beschäftigt und eine Erhöhung um 13 Prozent beschlossen. Außerdem soll der Dreizehntelzuschlag entsprechend der Steigerung der Mieten erhöht werden. Der Beschluß wurde dem Reichsrat unterbreitet. Die Vertreter der Länder, die vor einigen Tagen schon im Reichsfinanzministerium starke Bedenken geäußert hatten, ob die Länder eine Erhöhung der Beamtengehälter tragen könnten, erklärten gestern im Reichsrat, daß sie sich zunächst mit ihren Regierungen in Verbindung setzen müßten. Eine Beschlußfassung des Reichsrates wurde auf Donnerstag vertagt. Damit ist der Beschluß des Kabinetts noch nicht wirksam.

Erhöhung der Militärrenten.

Die mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 in Goldmark festgesetzten Militärrenten blieben bekanntlich stark hinter den Rentenwärtigen zu Beginn des Krieges zurück, zum großen Teil betragen sie nur ein Siebentel der damaligen Höhe. Nunmehr soll, wie der Reichsbund der Kriegsberechtigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen mittelst, zum 1. April eine allgemeine Erhöhung der Renten und Zulagen um 20 Proz. stattfinden. Daneben werden für das besetzte und das Randgebiet des Westens in mehreren Orten besondere örtliche Übertenerungszuschüsse gewährt, die 10, 17 und 25 Proz. betragen. Die bisherige Befähigung kommt in Fortfall. Im unbesetzten Gebiet erhalten den besonderen örtlichen Übertenerungsanschlag in Höhe von 10 Proz. die Versorgungsberechtigten in Berlin und Hamburg. Allerdings weist der Reichsbund darauf hin, daß diese Rentenerhöhung durch die ebenfalls am 1. April eintretenden Mietssteigerungen fast völlig wieder aufgewogen wird.

Doppelte Moral.

Die Moskauer kommunistische Presse hat anfänglich des letzten Doderstreiks in England spaltenlang über die „verräterischen Führer“ der englischen Dodarbeiter geschimpft. Zur selben Zeit wurde eine Gruppe gefangener Dodarbeiter aus Odessa über Charkow nach Moskau gebracht. Das große Verbrechen dieser Arbeiter bestand darin, daß sie vor einem halben Jahre, im Juni 1923, in Odessa einen Streik der Dodarbeiter organisiert hatten. Die 23 Verbrecher wurden in ihrer letzten Arbeitskleidung verhaftet, ein halbes Jahr durch verschiedene Gefängnisse geschleppt und schließlich im Winter in des Gefängnis Zagonka in Moskau eingeliefert. In derselben dünnen, zerissenen Kleidung werden sie nun nach dem eisernen Norden, nach Archangelst und den Solowjeffinseln deportiert. Während der ganzen Zeit wurden sie in den Gefängnissen wie gemeine Verbrecher behandelt, und erst in Moskau bekamen sie zum erstenmal eine Zeitung zu Gesicht. Der Zufall fügte es, daß diese Zeitung die größten Lobprüche über die Dodarbeiter enthielt — nämlich für die englischen Dodarbeiter, die in den Streik getreten waren!

Dieser Ruf, der unabhängige Bandtagsabgeordnete, teilt uns mit, daß er dem „Sozialistischen Bund“ fernsteht.

Ludendorff in der Stadtbahn.

Ludendorff ist der Held des Tages. Lange schon! Auch damals, als er — zur Erholung nach Schweden ging und mit der blauen Brille in Oesterreich reiste, hatte er für viele Kinder, die sich als Kenner von Staat und Politik ausplusterten, etwas Heidenhaftes. Kein Wunder, daß Held Ludendorff heute, kurz vor der Verherrlichung durch das Volksgericht in München, einen poetischen Heiligenschein um das teure Haupt gewunden erhält, von Dichtern, die ebenso von Gottes Gnaden sind, wie das Heidentum Ludendorffs. Die Materialien, die notwendig sind, um ein Gedicht zu machen, Papier, Tinte, Feder oder Bleistift, und die Schreibmaschine, können bei den Preisen von heute von den meisten Schriftstellern schon wieder angeschafft werden. Daneben gibt es aber Poeten, die bevorzugen ein Material, das noch weniger kostet, und trafen zum Beispiel die Produkte ihrer Mühe auf die Holzwand eines Abteils in der Stadtbahn. Abgesehen davon, daß die Wand gegen diese Bemalung machlos ist, hat das Verfahren noch den Vorteil, daß auf diese Weise der Dichter sich direkt an ein großes Publikum wendet. Denn ein Gedicht, das nur der Verfasser zu Gesicht bekommt, hat seinen Zweck verfehlt, wie das Bier, das nicht getrunken wird.

Dieser Tage hat ein von Ludendorffs Heidentum begeisterter Dichter auf die Wand eines Abteils der Stadtbahn geschrieben: „Der Gott, der Eisen machen ließ — der wollte keine Knechte. — drum nahm er Ludendorff zum Sohn — und ...“ Hier hörte die herrliche Verbesserung des Ernst Moritz

Allgemeine Funktionärkonferenz der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der USPD.

heute, Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr, im Lehrervereinshaus (gr. Saal), Alexanderplatz. Tagesordnung: „Der bevorstehende Reichstagswahlkampf.“ Referent: Genosse Franz Künstler.

Ohne Mitgliedsbuch der Partei und Funktionärsausweis für 1924 kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Kendischen Liedes auf. Entweder war dem Poeten der Faden ausgegangen, oder er konnte den Reim nicht finden, oder er mußte rufen, rufst raus aus dem Zug, oder seine Dichtertätigkeit stockte, weil widrige Zwischenfälle und Umstände ihn störten. So sprang denn die Dichtung wie ein Torso an der Wand. Das dauerte einem anderen, und darum hat er ihr schnell entschlossen einen Schluß gegeben. Die Hand, die vollendete, was ein anderer versuchte, war eine schwere, vielleicht auch schwelgere Hand, das konnte man an der Schrift merken, eine Hand, die die Mauerkelle führt oder die Zimmermannsaxt oder sonst ein Werkzeug, das mit der Dichtkunst nicht eben wohlverwandt ist. Diese Hand hat dazu geschrieben: „Der hat uns gebracht um allen Kredit.“

Der Beitrag dieses Dichters ist zwar sehr matt, und seine Versuche sind lahm, aber er hat die Wahrheit gesagt hat, und das ist auch etwas wert, ja, das ist — beinahe mehr wert als der ganze Ludendorff mit seinem Heilenschein, den ihm Kinder und Narren umgehängt haben.

Wie Bernotat aus dem Gefängnis entwich.

Der gefälschte Ausweis.

Bernotat und Kaminski, die ungerichteten Eindringlinge, wurden heute früh wieder einmal dem Gericht vorgeführt, um sich wegen eines ganz besonders merkwürdigen Falles in der an Käselein überaus reichen Wäse Bernotat zu verantworten. Karl Bernotat, von Beruf Dekorateur, der sich aber Direktor nannte, lebte auf großem Fuße, bis sich herausstellte, daß alles aus Einbrüchen stammte, die er mit seinem Freunde, dem Kaufmann Otto Kaminski, zusammen verübt hatte. Mehrmals waren sie ergriffen worden. Es war ihnen aber immer gelungen, wieder freigelassen zu werden, und die Untersuchungen verliefen im Sande, weil sich herausstellte, daß die Straf- und Polizeialten verwickelten waren. Im Verbrecheralbum war sogar das Bild Bernotats überlebt und er als tot bezeichnet worden. Auch die ganzen Strafregister waren vernichtet. Die Ermittlungen ergaben, daß zwei Beamte des Polizeipräsidiums die Hand im Spiele hatten. Bernotat und Kaminski sind von der Strafkammer des Landgerichts III vor etwa Jahresfrist wegen 16 ihnen nachgewiesenen Einbrüchen verurteilt worden, und zwar Bernotat zu 10 Jahren Zuchthaus, Kaminski zu 3 Jahren Gefängnis. Am Schluß der Verhandlung hatten die Eindringlinge ein Geständnis abgelegt, daß sie nicht weniger als noch 100 weitere Einbrüche ausgeführt hatten. Es gehörte förmlich zu ihrem täglichen Brot, jeden Tag einen Einbruch zu verüben. Heute steht zur Verhandlung die Flucht Bernotats aus dem Roabiter Untersuchungsgefängnis, die wegen der Begeilumstände ganz besonderes Aufsehen erregte. Bernotat war im Januar verhaftet worden und es gelang ihm, am 23. September zu entweichen. Kaminski war noch nicht ergriffen worden und hatte sich zur Staatsanwaltschaft nach Moskau begeben und unter dem Namen eines Rechtsanwalts Fr. Fischer eine Sprecherklaubnis bewirkt. Dann hatte er eine Fälschung des Passierscheins vorgenommen und diesen Bernotat zugefickt. Bernotat benutzte günstige Umstände, um bei einer Konferenz mit seinem Verteidiger einfach aus dem Gefängnis herauszugehen. Er hat sich dann mit Kaminski vereinigt und neue Raubzüge unternommen, bei denen sie beide in Wiesbaden ergriffen wurden. — Heute werden beide in Sträflingskleidung vorgeführt, um sich wegen Urkundenfälschung zusammen mit dem Kaufmann Scherbinski und dem Schuhmacher Smoboda wegen Begünstigung zu verantworten. Bernotat wird unter strenger Bewachung und gefesselt vorgeführt.

Revision gegen das gefrige Todesurteil.

Der gestern von der 6. Strafkammer des Landgerichts III wegen Ermordung der Württembergischen Schürzen Lucie Conrad zum Tode verurteilte Uhmacher Schaper will sich nicht mit dem Urteil begnügen, sondern hat K. A. Dr. Herbert Fuhs beauftragt, gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht einzulegen.

Eine Plünderung und ihre Folgen.

Nach längerer Zeit gab es wieder einmal eine Plünderung und zwar in der Marlonnerstraße. In dem Schlächterladen der Frau Menzel in dem Hause Nr. 36 erschienen kurz vor Geschäftschluß einige von den jungen Burken, die in jener Gegend oft herumlungern, und haben um etwas Wurst. Frau Menzel gab mehreren auch ein Stück, um die „Kunden“ und ihren Anhang zu befriedigen. Damit erreichte sie aber nur, daß die anderen, die draußen standen, jetzt auch hereinkamen, ohne weiteres mehrere Pfund Schinken und Wurst ergriffen und damit wieder hinausgingen. Ein Mann, der im Laden war und die Vorgänge sah, folgte den Burken nachträglich nach Reußlin zu und machte an der Brücke einen Schippwachmeister auf 10 bis 15 Mann aufmerksam, weil er unter ihnen den Haupttäter wieder sah. Als der Beamte ihn festnahm, rief er sich los und lief davon. Der Wachmeister verfolgte ihn, und gab einen Schuß ab, nachdem er ihn wiederholt aber vergeblich hat geboten hatte. Der Burke, der an der Hand getroffen wurde, lief weiter, flüchtete in ein Seifengeschäft in der

Pfänderstraße 88 und hat den Inhaber, ihn zu verbergen. Der Wachmeister holte ihn aber heraus, um ihn nach der Wache des 213. Reviers zu bringen. Da kamen auch die anderen wieder heran, und bedrängten, durch Gefindel verstärkt, den Wachmeister so, daß der Festgenommene entkommen konnte. Jetzt nahm der Beamte zwei Mann aus der Menge fest und brachte sie nach der Wache. Sie bestreiten, an der Plünderung teilgenommen zu haben.

Erwerbslose und Reichstagswahlen.

Ueber dieses Thema sprach gestern Genosse Crispian in einer Versammlung der USPD-Erwerbslosen. Er führte etwa folgendes aus:

Die Partei steht vor einem schweren Kampf. Alle Auseinandersetzungen in der Partei müssen zurückbleiben, bis der Kampf mit ganzer Macht durchgeführt ist. Die Versammlung ist deshalb zusammengerufen worden, um unsere erwerbslosen Genossen an ihre Pflicht zu erinnern, die Partei vertreten zu müssen. Gegner, die uns gegenüberstehen, sind zahllos. Nicht nur alle bürgerlichen Parteien und die neuen Parteigeilde, die in der letzten Zeit entstanden sind, haben den Kampf gegen den Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben, sondern auch die kommunistische Partei. Es ist in dieser Zeit nicht leicht, ein überzeugter Sozialdemokrat zu sein! Es gehört dazu innere Festigkeit und eine starke moralische Kraft und ein unverzagter Glaube an die Zukunft. Der Erwerbslose nun ist aus dem Produktionsprozeß herausgerissen worden und sieht sich ausgeschlossen aus der Gesellschaft der Arbeitenden. Hier gilt es das Feld besonders zu besetzen, es muß all den Arbeitslosen immer und immer wieder gesagt werden, daß die Sozialdemokratie in der Frage des Arbeitslosenproblems stets auf dem Posten war und ist. Aber nie darf vergessen werden, daß all das heutige Elend die Folge der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist. Bis zum Herbst vorigen Jahres hatte unsere Industrie eine Hochkonjunktur, deren Grundlage die Inflation bildete. Durch Ankäufe machte sich auf dem inneren Markt eine künstliche Nachfrage bemerkbar. Auf dem Weltmarkt hatten die deutschen Unternehmer einen besonderen Gewinn erzielt. Im Lande zahlten sie Papierlohn, auf dem Weltmarkt forderten sie Goldpreise. Daher erlitt sich die hohe Zahl der Arbeitslosen, die sich von 3400 im Jahre 1913 auf circa 15 000 im Jahre 1923 erhöht haben. Es ist typisch für die deutschen Unternehmer, daß sie im Gegenlag zu denen in England, Frankreich und Amerika ihre Konkurrenzfähigkeit auf Kosten der Arbeiter ausbauen. Der Herbst brachte uns nun die große Krise. Die Industrie ist durch die Arbeitslosigkeit nicht ernsthaft getroffen, aber die drei Millionen Arbeitslosen leiden und entbehren. Alle Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei, hier einen Ausgleich zu schaffen, sind an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Das Bürgerium ist es gewesen, das aus der Erwerbslosenfrage eine Erwerbslosenversicherung machte. Wir dürfen nie vergessen, daß im bisherigen Reichstag zwei Drittel aller Sitze bürgerliche Abgeordnete inne hatten. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verfuhr nun durch entsprechende Anträge wenigstens ein Mittel für die Erwerbslosenfürsorge flüssig zu machen. Die Regierung Marx verhinderte die Beratung dieser Anträge und flüchtete in die Reichstagsauflösung. Dazu kommt noch etwas anderes: Das Reich stellt immer weniger Mittel für die Arbeitslosen zur Verfügung und schiebt alle Lasten auf die Länder und Gemeinden. Wäre bereits heute die „christliche und nationale“ Regierung Marx auf Umwegen den Reichstagsauflösung ab. Crispian legte weiter klar, wie unsinnig es ist, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie sei im Bunde mit dem Unternehmertum den Arbeitslosen in den Rücken gefallen. Wer wird denn im kommenden Wahlkampf von den Kapitalisten am meisten bedrängt, es ist doch nur die Sozialdemokratie. Wir sehen, Gegner überall! Daher müssen alle Arbeitslosen, Männer und Frauen, den Kopf hochhalten und unentwegt für die Partei des Sozialismus eintreten, weil sie den Weg zeigt, der zu unserer aller Rettung führt. (Starker Beifall.)

Die folgende Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats des Genossen Crispian. Miteilig wurde betont, daß alle Gegenstände zurücktreten müßten, damit die Partei den Wahlkampf in Ehren bestreite.

Der schöne Name.

Mißbräuche bei der „Annahme an Kindesstatt“.

In einer Verfügung des Ministers des Innern heißt es: Es mehren sich die Fälle, in denen sich jemand an Kindesstatt annehmen läßt, um seinen bisherigen ihm nicht zuzurechnenden Familiennamen abzulegen oder einen besonders volltönenden Namen gegen den bisherigen einzutauschen. Hierbei kommt es nicht selten vor, daß die übigen Rechtsfolgen der Kindesannahme von beiden Vertragsteilen nicht beachtet werden, sondern daß in Wahrheit nur die Namensänderung gewollt wird; dann vertritt sich unter dem Schein dieses Annahmevertrages ein bloßer Namensänderungsvertrag, der gesetzlich nicht zulässig ist. In diesem Fall ist vielmehr der ganze Vertrag nichtig. Bei einer derartigen Sachlage sind die Landesbeamten verpflichtet, die Eintragung eines Namensvertrages über einen Abnahmevertrag abzulehnen. Da sie jedoch zu einer Entscheidung der schwachen Reichstagsfrage kaum selbst in der Lage sein werden, so haben sie häufig alle zweifelhaften Fälle der Auffichtsbehörde einzureichen, und diese hat die Sache unmittelbar dem Justizminister mit dem Ersuchen um eine gütliche Klärung über die Rechtelage vorzutragen.

Warnung vor falschen Gaskontrolleuren. In den letzten Tagen sind mehrfach Schwindler aufgetreten, die unter der Maske eines Gaskontrolleurs Einlaß in die Wohnungen erzielten und hier in einem unbeobachteten Augenblick Diebstähle ausführten. Der letzte Fall ereignete sich im Döwse Waldstraße 14. Hier erschien vor der Wohnung des Schriftführers Gustav Mann ein Unbekannter, der sich dem allein anwesenden 10jährigen Sohne des Wohnungsinhabers als Gaskontrolleur vorstellte und die letzte Gasrechnung zu sehen wünschte. Während der Abgabe sich nach der Küche begab, um die Leitung zu holen, entwendete der Betrüger aus dem Zimmer eine Perrenuhr und 30 M. bares Geld. Dann entfernte er sich schlammig.

Wintergarten. Die wegen Krankheit einige Tage ausgesetzene amüsante Karpinummer „Barbette“ (von der im übrigen noch immer nicht festgestellt, ob sie nicht doch eine Frau ist), tritt wieder auf.

Erdbeben auf Sachalin. Nach Meldungen aus Tokio haben sich auf der Insel Sachalin Erdbebenstöße ereignet. Eine andere Meldung besagt, daß der Fluß Manori (?) über seine Ufer getreten ist; zahlreiche Gebäude sind eingestürzt. Man glaubt, daß eine große Anzahl von Menschen dem Erdbeben zum Opfer gefallen ist. Es handelt sich hauptsächlich um ehemalige russische Verbannete, die nach Verbüßung ihrer Strafe auf der Insel zurückgelassen sind.

Nur noch Leningrad. Amisch wird darauf hingewiesen, daß Post- und Telegrammsendungen nach dem früheren St. Petersburg seit dem 1. März d. J. ausschließlich unter dem neuen Namen „Leningrad“ beschriftet werden.

Todesabsturz zweier Jäger. Zwei Militärflugzeuge sind bei Romar und Lrist abgestürzt. Beide Piloten wurden auf der Stelle getötet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialistischer Charitätenabend. Heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Sonntag im Feind, Rosenstraße, Döllsch, Verlosungswesen.

